

Projektmeldung | Kamerun | Beratung Öffentlicher Sektor

Facilité de Coopération Technique 2015-2017

technische Hilfe für die Entwicklungszusammenarbeit, Kapazitätenaufbau

Finanzierungsbewilligung

13.09.2017

Land:	Kamerun
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor

Für eine Fazilität für technische Zusammenarbeit für den Zeitraum 2015 bis 2017 stellte die Europäische Union Kamerun im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) einen Beitrag in Höhe von 4 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zur Verfügung. Sie hat die Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Kamerun zum Ziel und umfasst folgende Komponenten: Planung und Durchführung von EEF-Projekten, u.a. Identifizierung, Machbarkeitsstudien, Evaluierungen, Audits, Fortbildungen (2,4 Mio. Euro), Unterstützung des Nationalen Anweisungsbefugten des EEF (1 Mio. Euro), Sichtbarkeit (300 000 Euro), Evaluierung und Audit (100 000 Euro), Unvorhergesehenes (200 000 Euro).

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Kamerun

Beratung Öffentlicher Sektor / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Finanzierung / Privatisierungsvorhaben / Konjunktur / Marketing, Marktforschung / Ausschreibungsprozess / Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Projektmanagement, Evaluierung / Entwicklungszusammenarbeit / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Unternehmensberatung / Ausschreibungs-

und Beschaffungswesen
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.